

Der Vorsitzende der UDW-Fraktion
in der Stadtverordnetenversammlung Drolshagen
Dr. Christoph Buchholz
Zipperlingssiepen 6a
57489 Drolshagen
Tel.: 02761-834175
Fax: 02761-834176
Email: christoph.buchholz@udw-drolshagen.de

UDW

...immer dran

Rede zum Haushalt 2016

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Berghof, verehrte Kolleginnen und Kollegen Stadtverordnete, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wieder liegt uns der Entwurf eines Haushaltsplanes vor, um dessen Genehmigung die Stadtverwaltung bittet.

Doch bevor ich mich inhaltlich mit diesem Entwurf auseinandersetzen möchte, will ich auch in diesem Jahr an dieser Stelle als erstes Herrn Lange und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die immense Arbeit und die vielen Überstunden danken, die in dem Entwurf stecken. Gerade beim vorliegenden Entwurf war ja aufgrund des Wechsels in der Rathausführung nur drei Monate vor Beginn des Haushaltsjahres sicher kurzfristig vieles völlig neu zu konzipieren und zu planen, ein Umstand, der ja wohl auch die Ursache dafür war, dass der Haushalt in diesem Jahr erst so spät zur Diskussion und Abstimmung steht.

Hierzu kann ich aber nur sagen: lieber ein Haushalt, der spät eingebracht wird und endlich neue Akzente setzt, als eine Fortsetzung der Haushaltspolitik der vergangenen Jahre! Mit immer mehr Ausgaben für kostspielige und repräsentative Projekte, finanziert durch Schulden, Schulden und nochmals Schulden, wurde die Stadt zunächst in die Haushaltssicherung und im Folgenden nahezu in die Zahlungsunfähigkeit geführt, welche nur durch ständige Erhöhung der Liquiditätskredite abgewendet werden konnte.

Die für die UDW entscheidende Frage zur Beurteilung dieses Haushaltsentwurfes ist die Frage, ob hiermit endlich eine Wende in dieser Haushaltspolitik der vergangenen Jahre eingeleitet wird.

Setzt dieser Entwurf wirklich die neuen Akzente? Sehen wir uns doch einige Eckdaten dieses Haushaltes an:

Beginnen wir mit dem geplanten Ergebnis:

Auch für das Jahr 2016 wird wieder ein negatives Ergebnis eingeplant, und zwar in Höhe von gut 1,3 Mio. €. In dieser Größenordnung soll auf die „Allgemeine Rücklage“ zugegriffen werden, d.h. das Eigenkapital der Stadt soll sich um diesen Betrag weiter verringern. Dies ist fast der doppelte Betrag verglichen mit der Haushaltsplanung 2015, wo lediglich ein Fehlbetrag von 765.504 € eingeplant war.

Wie steuert dieser Haushaltsentwurf dem Verlust entgegen?

Die Bemühungen der Verwaltung, ergebnisverbessernde Maßnahmen zu ergreifen, sind in dem Entwurf durchaus erkennbar:

Neben der Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes von 453 auf 466 Prozentpunkte werden auch die Grundsteuern sowie die Hunde- und Vergnügungssteuern weiter angehoben. Hierdurch sind nicht nur die Hausbesitzer mit Hund (wie ich) doppelt getroffen [:-)], sondern die Folgekosten der Misswirtschaft der letzten Jahre werden alle Bürger der Stadt zu spüren bekommen.

Weitere Gebühren sollen angehoben werden: so sollen die Elternbeiträge zur Schülerbetreuung im Offenen Ganztage an den Grundschulen um 1/3 angehoben werden!

Aber ist die allgemeine Anhebung der Steuern und Gebühren wirklich der richtige Weg? Nicht nur einzelne Bürger beklagen sich bereits über die Grundsteuererhöhung, die nicht nur die Hauseigentümer, sondern über die Nebenkostenabrechnungen auch alle Mieter trifft, auch der Steuerzahlerbund und der Industrie- und Handelstag beklagen, dass sämtliche kommunalen Abgaben von Jahr zu Jahr weiter erhöht werden. Wie der Industrie- und Handelstag auch in diesem Jahr wieder zu Recht warnt, kann eine Steuererhöhung nur das allerletzte Mittel zur Sanierung der kommunalen Finanzen darstellen.

Insbesondere die Spreizung der Hebesätze bei der Gewerbesteuer zwischen wohlhabenden und ärmeren Kommunen, die immer mehr zunimmt, führt dazu, dass im Wettbewerb der Kommunen um die Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe die wohlhabenderen stets die besseren Karten haben. Es gibt auch hier wie im privaten Bereich die sogenannte Armutsfalle, weil die ärmeren Gemeinden mit immer höheren Steuern ihre Haushaltsdefizite minimieren müssen und so die Ansiedlungen von Gewerbebetrieben und Bürgern abschrecken und im Ergebnis damit weitere Einnahmeverbesserungen verhindern. Zwar ist Drolshagen mit 466 Prozent in NRW noch nicht der absolute Spitzenreiter bei der Gewerbesteuer, im Wettbewerb um neue Arbeitsplätze stehen wir jedoch nicht nur in Konkurrenz zu Bergneustadt, Altena, Oberhausen oder Duisburg, sondern auch zu weiter entfernten Gemeinden wie z.B. Monheim, die ihren Gewerbesteuerhebesatz gerade von 285 auf 265 Prozentpunkte senken konnten, sowie in Konkurrenz zu den wohlhabenden süddeutschen Kommunen. So lagen 2015 die Gewerbesteuerhebesätze in Deutschland zwischen 200 Prozent (Zossen, Brandenburg) und 550 Prozent (Oberhausen, NRW; die Gemeinden Dierfeld mit 900 Prozent und Wettlingen, mit 600 Prozent, beide Rheinland-Pfalz, sollen aufgrund von Besonderheiten außer Betracht bleiben). Dank der zunehmenden Digitalisierung und der steigenden Bedeutung des Dienstleistungssektors sind viele Unternehmen bei der Wahl ihres Standortes flexibler als früher, das bedeutet, dass sie heutzutage eher bereit sind, ihren bisherigen Sitz aufzugeben, um Kosten zu sparen. Erst recht gilt dies, wenn ohnehin ein neuer oder weiterer Standort gesucht wird. Und mit einem Hebesatz von 466 Prozent nähern wir uns schon deutlich der Obergrenze.

Auch bei der Grundsteuer B stehen die Gemeinden untereinander im Wettbewerb, wenn auch nicht so gravierend wie bei der Gewerbesteuer: Die steigenden Hebesätze verleiden Bürgern das Wohnen in diesen Orten zunehmend und auch Hausverkäufe im Alter werden erschwert. Hohe Grundsteuern sind neben der schwächeren Infrastruktur und dem ohnehin

vorhandenen Problem, dass viele Mitbürger grundsätzlich lieber in die Städte als auf das Land ziehen, ein weiterer Faktor, der das Leben auf dem Land unattraktiver macht. Und in Folge finden die Betriebe hier auch wesentlich schwerer qualifizierte Arbeitskräfte, die bereit sind, aufs Land zu ziehen, was wiederum den Standort für Betriebe weniger attraktiv macht, wahrlich ein Teufelskreis!

Und bei der Anhebung der Gebühren, jetzt z.B. der Anhebung des Elternbeitrages für die Ganztagsbetreuung, muss doch gefragt werden, ob dies noch sozial gerechtfertigt werden kann.

Es ist sicherlich richtig, dass Steuer- und Gebührenerhöhungen nicht das Allheilmittel zur Haushaltssanierung darstellen dürfen. Entscheidend muss sein, dass die Kosten verringert werden. Solange man über seine Verhältnisse lebt und das Geld mit beiden Händen ausgibt, muss man sich nicht wundern, wenn die Löcher nicht zu stopfen sind.

Welche Einsparungen sieht denn nun dieser Haushaltsentwurf vor?

Die Verwaltung führt hierfür an: die Reduzierung der Verfügungsmittel des Bürgermeisters, der Aufwendungen für den Bürobedarf, für Ehrungen, soziale Betreuung und Fortbildung der Belegschaft, die Reduzierung der Geschäftsaufwendungen und Aufwendungen für Projekte im Bereich der demografischen Entwicklung sowie weitere Kürzungen im Bereich der Zuwendungen an Vereine und Verbände. Aber mit Verlaub, Herr Bürgermeister: das sind doch alles Peanuts, die auch in Summe so verschwindend gering sind, dass sie wohl kaum das Einsparpotential bringen, das benötigt wird, um die Schieflage der Finanzen in Drolshagen wieder ins Lot zu bringen. Von Seiten der UDW hätten wir uns hier durchaus noch andere Maßnahmen vorstellen können, die zu deutlicheren Einspareffekten führen. Ich denke hier z.B. an eine mögliche Desinvestition des Leiterwagens bei der Feuerwehr, der bei der letzten Haushaltsberatung von Ihrem Vorgänger, Herr Bürgermeister, in einer Hauruck-Aktion noch kurz vor Beschlussfassung in der eigenen Fraktion und damit im Rat durchgeboxt wurde, und der mit den Abschreibungen und dem Wartungs- und Schulungsaufwand jährlich für erhebliche Kosten sorgt, die angesichts der aktuellen Haushaltslage kaum vertretbar sind.

Wirkliche Einsparungen zeigt der Haushaltsentwurf also noch nicht. Es muss von uns jedoch konzediert werden, dass allein mit einem Haushaltsentwurf und einzelnen Sparmaßnahmen noch keine wirklich zielführenden Einspareffekte zu erzielen sind: was erforderlich ist, das sind Maßnahmen, die die Kostenstruktur der Stadt nachhaltig ändern. Die Umsetzung solcher Strukturmaßnahmen braucht allerdings Zeit, die Sie, Herr Bürgermeister, seit Ihrem Amtsantritt noch nicht hatten. Die UDW begrüßt deshalb ausdrücklich Ihren Vorschlag einer interfraktionellen Arbeitsgruppe, die solche strukturellen Veränderungen prüfen soll. Hier können auch gegebenenfalls derartige Maßnahmen wie Desinvestitionen diskutiert werden.

Dass Sie selbst kostensparende Strukturen anstreben, haben Sie mit Ihrer Entscheidung, die Vertragsverhandlungen mit Olpe und Wenden über eine gemeinsame Musikschule derzeit nicht fortführen zu wollen, deutlich gemacht, eine Zusammenarbeit, die bereits im vergangenen Jahr von der UDW mit derselben Begründung in Zweifel gezogen wurde: eine gemeinsame Musikschule hätte den Kostenblock für Drolshagen auf Dauer vertraglich festgeschrieben, eine Situation ähnlich wie beim Hallenbad wäre entstanden, wo die Stadt derzeit an kostensenkenden Maßnahmen aufgrund der Vertragssituation gehindert ist. Aber

vielleicht war es ja gerade der Wunsch einzelner, die Musikschule aus den Spardiskussionen herauszuhalten.

Auch der vorgesehene Stellenplan findet die Zustimmung der UDW. Insbesondere, dass das Personal für die Flüchtlingsbetreuung um 0,18 Stellen durch geänderte Aufgabenverteilung erweitert wird und dass zwei zusätzliche Planstellen hierfür eingerichtet werden, die bei Bedarf besetzt werden können, ist aus unserer Sicht unabdingbar: die UDW hatte bereits bei den Haushaltsberatungen für 2015 eine halbe zusätzliche Planstelle zur Flüchtlingsbetreuung beantragt. Und ich hoffe dringend, dass mit dem weiteren Personal die Flüchtlinge nicht nur verwaltet, sondern auch betreut werden. Als Beispiel sei hier nur auf andere Kommunen hingewiesen, wo zum Teil auf 50 Flüchtlinge ein (ganztags angestellter) Sozialarbeiter kommt (Schwäbisch Gmünd)! Die Mitarbeiter, die heute bei der Flüchtlingsbetreuung und –verwaltung tätig sind, arbeiten vielfach an ihrer Leistungsgrenze. Ich möchte mich insoweit besonders bei Herrn Lütticke und Frau Schlicht bedanken. Die Bereitschaft, zu helfen, ist Gott sei Dank hier in Drolshagen ungebrochen, und auch den zahlreichen ehrenamtlichen Helfern, ohne die es gar nicht ginge, möchte ich hier ausdrücklich meinen Dank aussprechen. Man kann aber nicht die ganze zusätzliche Betreuung auf den Schultern der ehrenamtlichen Helfer abladen.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass aus Sicht der UDW zwar noch bei Weitem nicht alle denkbaren und vertretbaren Sparmaßnahmen erschöpft sind, die jetzt schon im Haushalt hätten berücksichtigt sein können, dass aber selbst alle denkbaren Sparmaßnahmen, die im Moment im Haushalt verankert werden könnten, nie ausreichen würden, einen ausgeglichenen Haushalt im nächsten Jahr zu erreichen. Und dass jeder Versuch unternommen werden muss, dieses Ziel zu erreichen, steht außer Debatte: ein staatlicher Kommissar, der bei einem Nothaushalt die Einnahmen und Ausgaben der Stadt ohne die Zustimmung der gewählten Stadtverordneten ansetzt, wird allein an der Steuer- und Abgabenschraube drehen und die freiwilligen Leistungen weiter streichen. Auf ein Mitleid der Landesregierung müssen wir hierbei nicht hoffen: dies zeigt sich aktuell z.B. daran, wie die Delegation aus Bergneustadt vor wenigen Tagen beim Innenministerium abgeblitzt ist, als sie um Zustimmung bettelten, dass die Grundsteuer B „nur“ auf 959 Prozent festgesetzt und nicht wie im Haushaltsentwurf vorgesehen auf 1.255 Prozent angehoben wird! Angesichts eines solchen drohenden Szenarios erscheint es aus Sicht der UDW vertretbar, die Steuern und Abgaben jetzt im vorgeschlagenen Umfang zu erhöhen: Die Hebesätze für die Grundsteuer liegen noch weit von derartigen Größenordnungen entfernt, und vor diesem Hintergrund bleibt wohl kein anderer Weg als die beantragten Steuererhöhungen.

Auch die Anhebung der Elternbeiträge für die Ganztagsbetreuung auf 100 € erscheint angesichts des gemäß Rechtslage zulässigen Betrages von 170 € noch akzeptabel, ein Betrag, der zu befürchten ist, wenn das Innenministerium die Drolshagener Finanzen sanieren wird. Die Beitragssatzung enthält auch im vorliegenden Entwurf zudem durchaus soziale Komponenten, nämlich eine Beitragsbefreiung für Empfänger von ALG II und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie Beitragsermäßigungen für Familien, die mehrere Kinder betreuen lassen, so dass insgesamt die Beitragsanhebung auch noch sozial vertretbar erscheint.

Ziel muss bei allen Abgabenerhöhungen allerdings bleiben, die Sätze mittelfristig wieder auf ein wettbewerbsfähiges und attraktives Niveau zu senken.

Zuletzt fragt sich allerdings: wie realistisch sind diese Planzahlen?

Die jetzt eingeplanten 1,3 Mio. € Verlust bilden fast den doppelten Betrag verglichen mit der Haushaltsplanung 2015, wo lediglich 765.500 € eingeplant waren.

Wir alle wissen aber auch, dass der tatsächlich eingetretene Verlust 2015 mit ca. 1,8 Mio. € mehr als das Doppelte über dem geplanten Verlust lag. Müssen wir für 2016 also auch wieder mit einer „Überraschung“ rechnen?

Ursache für die Abweichung im Haushaltsjahr 2015 waren im Wesentlichen deutlich niedrigere Einnahmen bei der Gewerbesteuer als geplant. Ob dies überraschend oder vorhersehbar war, mag je nach Blickwinkel unterschiedlich beurteilt werden: die tatsächlichen Gewerbesteuereinnahmen lagen jedenfalls genau in der Größenordnung, in der die UDW den Ansatz für 2015 beantragt hatte und wie er von der CDU mit Billigung der anderen Fraktionen abgelehnt wurde, der Ansatz der Verwaltung war 2015 aus Sicht der UDW ein Fantasiebetrag, mit dem der Haushaltsplan 2015 schön gerechnet werden sollte, eine Praxis, die in der Vergangenheit in Drolshagen leider ja schon Tradition hatte!

Wie sieht es mit den Gewerbesteueransätzen für 2016 aus, sind sie realistisch? Mit 6.120.000 € liegt der Gewerbesteueransatz um 1.010.000 € niedriger als im Plan 2015 (7.130.000 €), und das, obwohl der Hebesatz von 453 % auf 466 % angehoben ist, der Messbetrag wurde also in der Planung von 1,574 Mio. € für 2015 auf 1,313 Mio. € für 2016 gesenkt. Auch dieser Planungsansatz für 2016 enthält insoweit noch etwas Optimismus, als der von der Steuerschätzung landesweit geschätzte Steigerungsbetrag von 4 % auf den Durchschnitt der letzten drei Jahre hier ebenfalls eingerechnet wurde, die UDW will sich aber nicht einem Optimismus verschließen, der auf realistischen Fakten basiert. Aus Sicht der UDW ist diese Planung insoweit akzeptabel.

Ein weiterer, ganz erheblicher Unsicherheitsfaktor ist jedoch noch kurz vor Verabschiedung dieses Haushaltes deutlich geworden und hat zu einer Änderung des Planentwurfes durch die Verwaltung geführt: Die kommunalen Haushaltsansätze für die Landeszuweisungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz von 10.000 € je Flüchtling und Jahr dürfen nicht auf Grundlage der heute von der Kommune geschätzten Zuweisungszahlen erfolgen, sondern die Haushaltsansätze sollen bei den Kommunen anhand veralteter und damit deutlich niedrigerer Flüchtlingszahlen und Zuweisungsquoten als bislang kalkuliert gebildet werden. Dies führt gegenüber der bisherigen Planung, die im Jahresdurchschnitt von 300 zu betreuenden Flüchtlingen ausging, zu Mindereinnahmen von mehr als 800 T€! Die Verwaltung hätte nunmehr die Möglichkeit gehabt, unter Beibehaltung des Kostenblocks auf der Grundlage von durchschnittlich 300 Flüchtlingen diesen Betrag als weiteren Fehlbetrag offen auszuweisen, oder auch auf der Ausgabenseite die von der Landesregierung niedriger angesetzten Flüchtlingszahlen anzusetzen. Die Verwaltung hat sich für letzteres entschieden, ein Weg, der von der UDW mitgetragen wird:

Die tatsächliche Zahl der Flüchtlinge, die uns 2016 zugewiesen werden, kennen wir noch gar nicht, es steht z.B. völlig in den Sternen, welche Auswirkungen die Stacheldrahtzäune auf dem Balkan auf die Flüchtlingszahlen in Deutschland haben werden.

Gestatten Sie mir hier ein ganz kurzes Abschweifen von unserem Haushaltsthema: ich persönlich glaube nicht, dass Zäune und Stacheldraht die Flüchtlingszahlen insgesamt

merklich vermindern werden. Sie werden die Flucht auf Kosten der Flüchtlinge vielleicht verlangsamen und erschweren, es wird mehr Tote auf der Flucht geben, es werden noch mehr Flüchtlinge in Griechenland hängen bleiben und das kriminelle Schlepperunwesen wird gefördert, die Flüchtlinge werden aber immer Wege finden, um ihr Ziel zu erreichen. Oder will Herr Seehofer etwa die bayerische Alpenkette an der Grenze zu Salzburg, Tirol und Vorarlberg mit einem 3 m hohen Zaun verschönern? Soll der Inn an der Grenze zu Oberösterreich in der Mitte einen Zaun erhalten? Sollen wir die EU-Außengrenzen weiter abschotten und vielleicht die Ägäis verminen und damit das Flüchtlingsproblem auf die Türkei schieben? Und wenn ich in dieser Woche in der Zeitung lese, dass an der mazedonischen Grenze zu Griechenland Flüchtlinge mit Tränengas am Grenzübertritt gehindert werden, und wenn ich im Fernsehen die Bilder sehe, wie nahkampferprobte Afghanistan-Kämpfer der mazedonischen Armee mit Schnellfeuerwaffen im Anschlag zwischen den doppelten Stacheldrahtzäunen das christliche Abendland verteidigen, dann muss ich mich für unsere europäischen Nachbarn schämen: der Nationalegoismus auf Kosten der Flüchtlinge und auf Kosten Griechenlands, von dem die Weltgemeinschaft zwar die pünktliche Bezahlung aller Schulden erwartet, das in Zeiten der Not aber allein gelassen wird, ist angesichts der teils unermesslichen Not der Flüchtlinge unerträglich. Hier scheinen manche in Osteuropa vergessen zu haben, dass sie noch vor wenigen Jahrzehnten selbst einen Stacheldrahtzaun überwinden wollten, den sie jetzt wieder für andere aufbauen. Aber es sind ja nicht nur die Osteuropäer!

Doch zurück zum Haushalt: Wir werden auch in Zukunft, jedenfalls solange der Bürgerkrieg in Syrien und im Irak noch anhält, mit hohen Flüchtlingszahlen rechnen müssen. Den Königsweg, der beschritten werden kann, um die Flüchtlingszahlen zu mindern, den gibt es leider nicht. Und angesichts der konstant großen Hilfsbereitschaft in Drolshagen bin ich zuversichtlich: Wir schaffen das, auch in Drolshagen! Und wenn die Flüchtlingszahlen in 2016 wirklich höher sein werden als sie für die Landesmittel jetzt eingeplant werden dürfen, dann ist noch nicht ausgeschlossen, dass im Laufe des Jahres diese Beträge noch korrigiert werden. Mit der Anweisung der Landesregierung, wie die Einnahmen für die Flüchtlingsbetreuung in den kommunalen Haushalten anzusetzen sind, ist ja noch nichts darüber gesagt, wie hoch die Landesmittel tatsächlich sein werden. Und wenn es wirklich nicht zu einer Anpassung kommen sollte: dann muss gegebenenfalls in einem Nachtragshaushalt nachgebessert werden.

Soweit zur Ergebnisrechnung.

Wie sieht es mit den Investitionen und der Verschuldung aus?

Die Frage, ob es mit der Verschuldung künftig besser aussehen wird, muss klar mit NEIN beantwortet werden: Im Haushaltsjahr 2016 sollen neue Investitionskredite in einer Größenordnung von 3,255 Mio. € aufgenommen werden, die Netto-Neuverschuldung beläuft sich auf 2.545 €, so dass sich der Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten für Investitionskredite auf ca. 22,7 Mio. € erhöhen wird. Hinzu kommen die sogenannten Kassenkredite, die auch im laufenden Haushaltsjahr nicht zurückgeführt werden können und bei knapp 10 Mio. € liegen sollen, so dass die Gesamt-Kreditverbindlichkeiten der Stadt bei ca. 32 Mio. € liegen werden. Sollten in einem Nachtragshaushalt zusätzliche Ausgaben für Leistungen für Flüchtlinge genehmigt werden müssen, würden die Kassenkredite noch einmal um diesen Erhöhungsbetrag steigen müssen. Betrachten wir aber zunächst nur den Schuldenstand

nach bisheriger Planung in Höhe von 32 Mio. €, dann macht dies bei derzeit ca. 12.300 Einwohnern eine Pro-Kopf-Belastung von ca. 2.600 € aus!

Sehen wir uns einmal an, wofür die neuen Kredite benötigt werden, dann fällt als weitaus größte Investition mit 2.606.500 € die Fertigstellung der Sekundarschule mit Mensa an. Über diese Ausgabe müssen wir hier heute nicht mehr diskutieren, sie ist eine Erblast aus der Vergangenheit und wir können hieran nichts mehr ändern. Hinweisen möchte ich aber darauf, dass hier unser Bauamt wohl regelmäßig sehr kostspielige Ausführungen gewählt hat, die nicht immer notwendig gewesen wären, wie z.B. Herr Hahl von der SPD für die Fassade feststellen musste. Auch bei anderen Ausschreibungen bestehen begründete Zweifel, ob hier wirklich immer mit Augenmaß und Blick auf die Kosten geplant wird. Soweit Ausschreibungen noch ausstehen, regen wir dringend an, diese unter Kostengesichtspunkten noch einmal zu überprüfen und zu hinterfragen, ob es stets die beste und teuerste Ausführung sein muss.

Zweitgrößter Posten nach dem Verwaltungsentwurf ist der Bau einer Flüchtlingsunterkunft für 1,2 Mio. €. Der Haupt- und Finanzausschuss hat auf Antrag der UDW mit den Stimmen der SPD und der UCW beschlossen, diesen Posten sowie dazugehörige Nebenposten ersatzlos zu streichen. Dem hat sich die CDU jetzt Gott sei Dank angeschlossen. Grund für die Streichung ist nicht unsere Absicht, den Flüchtlingen keine Unterkunft bieten zu wollen, im Gegenteil. Wir sind jedoch überzeugt, dass es bessere Alternativen hierzu gibt: Sinnvoll wäre aus Sicht der UDW, wenn in Drolshagen in größerem Umfang in den sozialen Wohnungsbau investiert würde. Hier könnten sowohl Flüchtlinge untergebracht werden, so wie auch der Wohnungsbedarf von anderen Mitbürgern, die auf Sozialwohnungen angewiesen sind, befriedigt werden kann; und Flüchtlinge, die ihr Anerkennungsverfahren abgeschlossen haben, können dort wohnen bleiben. Ein gemischtes Wohnen hilft zudem ganz entscheidend der Integration und beugt einer Ghettobildung vor. Als Bauherr und Träger dieser Häuser muss auch nicht die Stadt fungieren: in erster Linie sehe ich hier die Wohnungsgenossenschaft Südwestfalen e.G. gefragt, die sicher über das bessere Knowhow bei Hausbau und Hausverwaltung als die Stadt Drolshagen verfügt. Auch private Investoren kommen in Betracht: angesichts der heutigen massiven Förderung des sozialen Wohnungsbaus sind solche Investitionen auch für Privatinvestoren rentabel. Daneben gibt es weitere Möglichkeiten, die ich hier nicht alle einzeln ausführen möchte, dass Wohnraum für Flüchtlinge geschaffen wird, ohne dass die städtischen Bücher hiermit belastet werden. Wir beantragen deshalb hier erneut, dass dieser Haushaltsansatz ersatzlos gestrichen wird, und bitten um Zustimmung.

Weiterer Investitionsposten, der im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt zur Diskussion stand, war der Umbau der Grundschule in Hützemert für die Ganztagsbetreuung mit Essensausgabe für 60.000 €. Angesichts der ungewissen Zukunft dieses Standortes halten wir diese Investitionen zum derzeitigen Zeitpunkt für nicht angemessen. Wie bereits beim Erweiterungsbau der Sekundarschule angemerkt, muss es nicht immer die beste und teuerste Lösung sein, sondern man kann sich, vielleicht auch nur für eine Übergangszeit, mit suboptimalen, aber deutlich preiswerteren Lösungen zufrieden geben. Hier für Hützemert sollte verstärkt nach Alternativen gesucht werden wie z.B. eine mögliche Essensversorgung durch die lokale Gastronomie oder andere nahegelegene Großküchen, was das erforderliche Investment erheblich verringern könnte. Wir beantragen deshalb zu dieser Haushaltsposition, dass sie um 30% gesenkt wird.

Die weiteren geplanten Investitionen der Stadt finden unsere Zustimmung: Insbesondere begrüßen wir die Absicht, die Straßenbeleuchtung endlich auf LED umzustellen, ein Vorschlag, den die UDW schon für das Haushaltsjahr 2013 eingebracht hatte. Bis heute hätte sich die Umstellung wohl fast schon durch niedrigere Energiekosten amortisiert gehabt. So müssen heute die Anlieger mit Anliegerbeiträgen verstärkt mitfinanzieren. Auch die Beteiligung der Stadt am Projekt des Kreises Olpe für den Breitbandausbau findet wohl die Zustimmung aller Fraktionen: Eine moderne IT-Infrastruktur ist unabdingbare Voraussetzung für weitere Gewerbeansiedlungen, aber auch im privaten Bereich unerlässlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die finanzielle Situation von Drolshagen ist nicht nur nicht rosig, sie ist erschreckend. Sicherlich ist allgemein die finanzielle Ausstattung der Kommunen in NRW absolut unzureichend. Wir können aber nicht alle Schuld einfach dem Land zuweisen, die meisten der Probleme sind hausgemacht, und wir müssen jetzt und in den kommenden Jahren die Rechnung dafür bezahlen, dass wir lange über unsere Verhältnisse gelebt haben. Die Sünden der Vergangenheit wie z.B. der Bau der Sekundarschul-Erweiterung werden uns auch in den folgenden Jahren mit hohen Abschreibungen und Betriebskosten belasten. Der Bürger wird zur Kasse gebeten werden müssen, um noch Schlimmeres zu vermeiden, wenn ein Nothaushalt kommen sollte, genauso, wie wir auf vieles werden verzichten müssen, an das wir uns vielleicht als Selbstverständlichkeit gewöhnt haben. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren Stadtverordnete, den notwendigen Konsolidierungsprozess mitzutragen und auch schmerzhaften Entscheidungen nicht auszuweichen, Sparen tut immer irgendjemandem weh. Und auch die Mitbürger in Drolshagen bitte ich um Verständnis für jetzt unpopuläre Schritte, damit Drolshagen auch zukünftig eine attraktive Stadt bleiben kann.

Wenn auch dieser Haushalt noch nicht die erforderlichen Sparmaßnahmen ausweist, so gibt es doch gute Ansätze, die in die richtige Richtung weisen. Die UDW wird in diesem Jahr dem Haushalt zustimmen. Dies soll auch, Herr Bürgermeister, ein Vertrauensvorschuss für Sie sein und sie bestärken, den Weg der Konsolidierung konsequent zu verfolgen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.